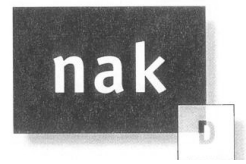


**Diakonie**   
in Hessen  
und Nassau

Diakonisches Werk  
in Hessen und Nassau e.V.



**nak Nationale Armutskonferenz**  
Mitglied im Europäischen Armutsnetzwerk EAPN

Landesgeschäftsstelle

Pressesprecherin

Kathleen Niepmann  
Telefon: 069 7947-375  
Telefax: 069 7947-99375  
pressesprecherin@dwhn.de  
www.diakonie-hessen-nassau.de

# Pressemitteilung

Frankfurt am Main, 14.10.2010

## „Entwurf zur Gesetzlichen Krankenversicherung dringend auf Armutsfestigkeit überprüfen“

**NAK-Sprecher Pfarrer Dr. Gern: „Geht an Lebenswirklichkeit armer Menschen vorbei“**

Mit Bestürzung und Bedauern hat die Nationale Armutskonferenz (NAK) den Entwurf eines Gesetzes zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung zur Kenntnis genommen.

In einem Schreiben fordert NAK-Sprecher Pfarrer Dr. Wolfgang Gern, auch Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks in Hessen und Nassau (DWHN), Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler auf, Veränderungen im Gesetzesentwurf vorzunehmen. Das auf Solidarität angelegte Gesundheitssystem werde im vorliegenden Konzept „fundamental umstrukturiert“, da Eigenleistungen, Zusatzbeiträge und Zuzahlungen eingeführt beziehungsweise erhöht werden sollten.

Pfarrer Dr. Gern erinnerte an den wissenschaftlich nachgewiesenen Zusammenhang von Armut und Krankheit: „Es ist eine bittere Wahrheit: Menschen, die arm sind, werden eher krank als andere. Diese Tendenz wird noch zunehmen, wenn der Entwurf wie geplant umgesetzt wird.“ Die Härtefallmaßnahmen und finanziellen Entlastungen für Menschen, die von Armut betroffen sind, seien völlig ungeeignet und gingen an der Lebenswirklichkeit armer Menschen vorbei, so NAK-Sprecher Gern.

Bestimmte Zahnbehandlungen etwa, notwendige Brillenanschaffungen oder Krankengymnastik seien für Menschen mit geringem Einkommen nicht finanzierbar. Dies seien Hilfsmittel oder Maßnahmen, die zur gesellschaftlichen Teilhabe unbedingt notwendig seien und bei der Regelsatzberechnung des Arbeitslosengeldes II beziehungsweise bei sämtlichen Überlegungen zur Finanzierung des Gesundheitssystems unbedingt berücksichtigt werden müssten.

„Gesetze, die die Gesundheit als existentielles Bedürfnis des Menschen im Blick haben, müssen auf ihre Armutsfestigkeit geprüft werden. Erst recht im Europäischen Jahr 2010 gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Armut und soziale Ungerechtigkeit müssen vermieden werden, im Entwurf müssen dringend Veränderungen vorgenommen werden“, so der NAK-Sprecher.